

# Vereine müssen sich aus der Geiselhaft der Ultras befreien

4,4 Millionen Zuschauer haben in der vergangenen Saison in NRW die Spiele der beiden Bundesligen, der 3. Liga und der Regionalliga West verfolgt. Das sind immerhin zwei Drittel der Zuschauerzahlen der Vor-Corona-Zeit. Mit den Fußballfans sind aber auch die Gewalttäter in die Stadien zurückgekehrt. An immer mehr Spielorten prägen sie inzwischen das Geschehen und gehen äußerst brutal aufeinander los. In einem eindringlichen, Ende September im Kölner Stadtanzeiger veröffentlichten Appell hat GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens die Vereine aufgefordert, dieser dramatischen Entwicklung endlich entgegenzutreten. „Wenn sich nicht bald was ändert, könnte es Tote geben“, warnte er.

Wie real diese Gefahr ist, zeigt ein Blick auf die gewaltsamen Auseinandersetzungen der letzten Wochen. Beim Conference-League-Spiel des 1. FC Köln am 8. September in Nizza haben Ultras beider Vereine mitten im Stadion äußerst brutal aufeinander eingeschlagen. Ein Pariser Ultra stürzte aus fünf Metern Höhe in den Mittelgang zwischen den Rängen. Nur mit Glück überlebte er. Nur wenige Tage später kam es am 13. September beim Champions-League-Spiel von Frankfurt gegen Olympique Marseille zu einem ähnlich brutalen Aufeinandertreffen verfeindeter Fangruppen. Ein Frankfurt-Fan zog sich bei einem Sturz eine lebensgefährliche Wirbelverletzung zu.

Nicht nur bei internationalen Wettkämpfen nimmt die Zahl der brutalen Fanschlägereien dramatisch zu, sondern auch bei ganz normalen Fußballspielen in NRW. Selbst in der 4. Liga. Jüngstes Beispiel: Ende September haben 40 verummte Anhänger von Alemannia Aachen einen im Bahnhof Übach-Palenberg stehenden Zug, in dem Fans des Ligakonkurrenten Preußen Münster saßen, mit Bengalos und Böllern angegriffen. Nur durch das schnelle Eingreifen der Bundespolizei konnte eine drohende Massenschlägerei zwischen beiden Fanlagern verhindert werden.

Nach Beobachtungen der GdP sind das keine Einzelfälle: Nach dem Ende der coronabedingten Geisterspiele gibt es in der gewaltbereiten Szene einen „Nachholbedarf beim Aus-

toben“, erläuterte GdP-Vorsitzender Mertens die Situation gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger. „Das war schon Ende der letzten Saison so, das geht in der neuen weiter“, sagte er.

Dass daraus schnell eine lebensgefährliche Situation entstehen kann, zeigt der Platzsturm von Anhängern des FC Schalke 04 nach dem erfolgreichen Aufstiegs-spiel gegen den FC Sankt Pauli Anfang Mai dieses Jahres. 18 Menschen wurden beim Platzsturm verletzt, neun davon schwer. Nur „durch das unmittelbare und professionelle Eingreifen zahlreicher Polizeibeamter konnte verhindert werden, dass Schlimmeres passiert ist. Dieser Platzsturm hätte auch in einer Katastrophe enden können“, fasste der damalige Einsatzleiter, der Leitende Polizeidirektor Peter Both, in einer Pressemitteilung seiner Behörde die Dramatik der Situation zusammen. In der Medienberichterstattung über das Spiel hat die Beinahe-Katastrophe von Gelsenkirchen trotzdem keine Rolle gespielt. Dort ging es fast ausschließlich um den Wiederaufstieg von Schalke in die 1. Bundesliga.

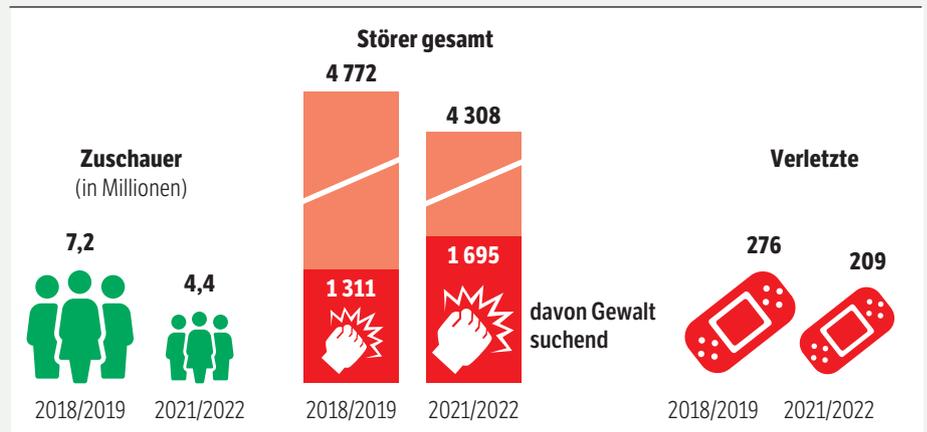
Mit ihrer Warnung vor Toten in den Stadien steht die GdP trotzdem nicht alleine. Kurz vor der GdP hat der Leiter der Koordinationsstelle der Fanprojekte, Michael Gabriel, gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) darauf hingewiesen, dass es bei den Fußballfans eine Häufung von gewaltsamen Vorfällen gibt. „Es findet eine Verschiebung statt. Die Ultras, die gewaltbereit sind, bekommen mehr Einfluss und gewinnen mehr Follower“, sagte er der FAZ. Auch Gabriel sieht die Vereine in der Pflicht. „Es ist wichtig, dass man sich nicht scheut, die eigene Fanszene für Fehlverhalten auch öffentlich zu kritisieren. Das ist ein Zeichen, das die anderen Fans erwarten, die die Handlungen der Gewaltbereiten ablehnen.“

Für die GdP gehört dazu auch die Verhängung von lebenslangen Stadionverboten. Die Vereine schrecken davor bislang zurück. Sie fürchten, dass ihnen die Ultras die Unterstützung bei den Heimspielen entziehen könnten und dass die Werbe- und Fernseheinnahmen wegen fehlender Stimmung im Stadion zurückgehen. Das ist aber ein

## Mehr gewalttätige Fußballfans als vor Corona

Trotz des deutlichen Rückgangs bei den Zuschauern liegt die Zahl der gewaltbereiten Fußballfans in NRW fast wieder auf dem Vor-Corona-Niveau. Bei den offenen Gewalt suchenden Störern gibt es sogar einen deutlichen Anstieg.

### Gewalt suchende Fußballfans in den obersten vier Spielklassen in NRW





trügerisches Argument, weil es ohne ein konsequentes Durchgreifen der Vereine zu einer Katastrophe in den Stadien kommen wird. Durch ihr Nichtstun schaden sich die Vereine zudem auch wirtschaftlich, weil die wachsende Zahl gewalttätiger Auseinandersetzungen die friedlichen Fans vom Stadionbesuch abschreckt. „Auch die Vereine müssten eigentlich ein Interesse daran haben, dass Fußball ein Familienevent

bleibt“, betonte Mertens im Kölner Stadtanzeiger.

Handlungsbedarf sieht die GdP auch bei den Räumen unter den Tribünen, die die Vereine bislang ihren Ultragruppierungen überlassen. „Dass hier Pyrotechnik und gefährliche Gegenstände in großen Mengen eingelagert werden, ohne dass Verantwortliche der Vereine Zutritt zu den Räumen haben, um das zu verhindern, ist nicht akzep-

tabel“, betont Mertens. „Auch Fußballstadien sind keine rechtsfreien Räume.“

Bei Fußball-Drittligist Rot-Weiss Essen ist die Botschaft angekommen. Der Revierklub verhängte am 9. Oktober dreijährige Stadionverbote gegen insgesamt 76 Personen, die in jüngerer Vergangenheit auffällig geworden waren. In einem begleitenden Statement distanzierte sich der RWE sehr klar von diesen Leuten: „Wir sind Essener – ihr nicht!“ ■

## Haushaltsberatungen könnten sich verschieben

**K**napp 900 Millionen Euro will die neue Schwarz-grüne Landesregierung in diesem Jahr zusätzlich ausgeben. Neben mehr Stellen für Lehrer und Investitionen in den Klimaschutz soll auch die Polizei davon profitieren. Geplant sind eine Stärkung der Cybersicherheit und eine Anhebung der Einstellungsermächtigungen auf 3 000 Stellen pro Jahr. Das geht aus dem am 20. September veröffentlichten Entwurf für den Nachtragshaushalt für dieses Jahr hervor.

Geht es nach Innenminister Herbert Reul (CDU), sollen die Einstellungsermächtigungen ausschließlich für Kommissaranwärterinnen und -anwärter genutzt werden, weitere Stellen im Tarifbereich sollen aber im nächsten Jahr hinzukommen. Finanziert werden sollen die zusätzlichen Ausgaben durch

steigende Steuereinnahmen des Landes. Sie erhöhen sich nach der aktuellen Steuerschätzung in diesem Jahr von ursprünglich prognostizierten 70,0 Milliarden Euro auf 71,8 Milliarden Euro. Ob sich dieser Trend auch im kommenden Jahr fortsetzen wird, ist angesichts des Ukraine-Kriegs und der zurzeit explodierenden Energiepreise allerdings fraglich. In ihrem aktuellen Herbstgutachten rechnen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sogar mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland – um 0,4 Prozent.

Nur eine Woche nach Bekanntwerden des Entwurfs für den Nachtragshaushalt für dieses Jahr hat zudem die von SPD, Grünen und FDP getragene Bundesregierung ein gigantisches Energiepaket von 200 Milliarden Euro angekündigt. Dessen Auswirkungen

auf den Landeshaushalt lassen sich zurzeit noch nicht seriös abschätzen. Ob der Landtag, wie geplant, bereits Mitte November in die Beratungen über den Landeshaushalt für das kommende Jahr einsteigen kann, war deshalb fraglich.

Die GdP wird trotzdem die Haushaltsberatungen des Landes mit klaren Forderungen begleiten. Neben der personellen Stärkung der Polizei dringt sie darauf, dass im kommenden Jahr ein erster Einstieg in den Abbau der 41-Stunden-Woche gelingt. Zudem muss der unsägliche Deckelungsbeschluss endlich aufgehoben und das Zulagenwesen muss grundlegend reformiert werden. Ein detailliertes Forderungspaket dazu wird die GdP nach Vorliegen des Haushaltentwurfs für 2023 veröffentlichen. ■

## Aus der Loveparade-Katastrophe lässt sich etwas lernen. Auch für den Fußball.

Gewalt hat es beim Fußball immer gegeben. „Sie lässt sich vielleicht zurückdrängen, aber sie gehört dazu“, sagen viele. „Die Ultras sind die Seele der Vereine. Sie brauchen ihre Freiräume“, sagen andere. Sind das wirklich Argumente, um rechtsfreie Räume in den Stadien zu dulden? Dürfen wir wirklich unsere Hände in den Schoß legen, bis es tatsächlich Schwerverletzte und Tote in den Stadien gibt, obwohl wir diese Katastrophe hätten verhindern können? Die Loveparade-Katastrophe vom 24. Juli 2010 war eine Katastrophe mit Ansage. Die 21 jungen Menschen, die im Duisburger Loveparade-Tunnel qualvoll gestorben sind, würden heute noch leben, wenn damals alle Beteiligten ihrer Verantwortung gerecht geworden wären. Wenn die Politik die Warnungen vor dem viel zu engen Zugangsweg zum Festivalgelände ernst genommen hätte. Ein Fußballstadion ist kein Loveparade-Gelände, aber die Bilder gleichen sich. Wer heute mit denjenigen redet, die für die Sicherheit in den Stadien verantwortlich sind, erfährt schnell, dass sich auch hier eine Katastrophe anbahnt. Dass es auch hier schnell zu einer nicht mehr beherrschbaren Situation kommen kann, mit einer Vielzahl von Schwerverletzten und womöglich auch von Toten. Deshalb stellt sich die Frage, warum wir uns nicht endlich denjenigen entschieden entgegenstellen, die nur an Gewalt, aber nicht am Fußball interessiert sind. Die Instrumente dazu liegen längst auf dem Tisch. Wir müssen dazu nur alle zusammenbringen, die die drohende Katastrophe verhindern können. Die Verantwortlichen in den Clubs, die Vertreter der Faninitiativen und die Entscheidungsträger bei den Kommunen und der Polizei. Nur wer weiter an seinem angeblichen Recht auf Gewalt festhält, muss draußen bleiben. In zwei Jahren wird die nächste Fußball-Europameisterschaft auch in NRW ausgetragen. Bis dahin müssen wir unsere Hausaufgaben gemacht haben.



**Michael Mertens,**  
Landesvorsitzender



# Erfolgreicher GdP-Workshop: Damit die Kripo zukunftsfit wird



Von der Ermittlerin oder dem Ermittler bis zur Direktionsleitung K: Beim GdP-Workshop „Zukunft der Kriminalitätsbekämpfung“ am 29. und 30. September im Van der Valk-Hotel in Gladbeck waren alle vertreten. Mehr Sachverstand aus der Praxis geht nicht! Das große, gemeinsame Ziel: die Kriminalpolizei mit ihren gut 8 000 Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen zukunftsfit machen.

„Wir wollen die Kripo attraktiver machen und den Nachwuchs für die Arbeit begeistern“, sagt der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz. Wie das gelingen kann, diskutierten die Teilnehmer in den Arbeitsgruppen Aus- und Fortbildung, Ausrüstung und Technik, Personal und Organisation, Attraktivitätssteigerung und Werbung.

Die Ergebnisse wird der AK Kripo der GdP nun aufarbeiten. Anknüpfend an das viel beachtete Positionspapier vom Jahres-

beginn werden sie die Basis bilden für die weiteren Gespräche mit Politik und Innenministerium. Der Workshop hat deutlich gemacht: Nicht immer muss das ganz große Rad gedreht werden, Verbesserungen sind teilweise sehr schnell möglich – nötiger Wille vorausgesetzt.

In der Summe jedoch muss es um einen großen Wurf gehen, die Kripo soll nachhaltig gestärkt werden. Es gilt, Missstände zu beheben. Es darf zum Beispiel nicht sein, dass Kripobeschäftigte Monate oder gar Jahre auf ihre kriminalfachliche Fortbildung warten, während sie in ihren Fachkommissariaten längst ihren Dienst versehen. „Die kriminalfachliche Fortbildung muss unbedingt gestärkt werden“, drängt Maatz. Dafür sei es nötig, wieder mehr qualifizierte Lehrende zu gewinnen. „Die Lehrenden in der Fortbildung müssen zwingend wieder eine Lehrzulage erhalten!“, fordert der stellvertretende GdP-Vorsitzende.

Zudem gilt es auch, den Blick auf die Praktika in den Ausbildungsbehörden zu richten: „Diese müssen attraktiver gestaltet werden und Begeisterung für die Arbeit in den Kommissariaten wecken“, meint Michael Maatz. Am bewährten Jahr Wach- und Wechseldienst nach der Ausbildung hält die GdP fest. Aus guten Gründen: Es gibt Berufstartern ein Gefühl für die Polizei als Ganzes und hilft, Abläufe noch mal viel intensiver kennenzulernen als das in der Ausbildung möglich war.

Maatz dankte den AG-Leitern Achim Spröde (Direktionsleiter K, Bonn), Ralf Kluxen (LKA) sowie Ernst Herget und Marcel Dworak (beide HSPV). Und er dankte Ingo Wunsch. Der Direktor des Landeskriminalamtes hatte zum Auftakt des Workshops in einem Impulsreferat Probleme der Direktion K deutlich benannt, zugleich aber auch für eine selbstbewusste Kripo geworben. Wunsch: „Wir haben eine der besten Kriminalpolizeien!“ ■

## GdP fordert: Sonderkuren auch für die Direktion K

Eine von vielen guten Anregungen auf dem Kripo-Workshop in Gladbeck: Der Berechtigtenkreis für Sonderkuren als Element vorbeugender Gesundheitsfürsorge muss größer gezogen werden. Bisher sind Kolleginnen und Kollegen der Direktion K außen vor. Die GdP hat umgehend Innenminister Herbert Reul angeschrieben und ihn aufgefordert, das zu ändern. Die Herausforderungen, denen sich die Kolleginnen und Kollegen der Direktion K in ihrem täglichen Dienst gegenübersehen, haben viele Facetten: hoher Vorgangsdruck, regelmäßige zusätzliche Dienste und höchst belastende Vorgänge. All diese Faktoren können kurz- oder langfristig zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zur Dienstunfähigkeit führen.





EHEMALIGER GdP-LANDESVORSITZENDER GEHT IN RUHESTAND

# „Frank Richter hat für die Polizei und ihre Beschäftigten gekämpft“

Wer Frank Richter kennt, ahnt, wie bewegend dieser Abschied wohl für ihn war: Am 6. Oktober bringt ein Streifenwagen den Polizeipräsidenten von Essen und Mülheim und früheren GdP-Landesvorsitzenden zu seinem Dienstgebäude nach Essen. Polizistinnen und Polizisten stehen Spalier, applaudieren. Es ist Frank Richters letzter Arbeitstag nach 46 Dienstjahren bei der Polizei. Er hat Innenminister Herbert Reul um Versetzung in den Ruhestand gebeten – aus gesundheitlichen Gründen.

Die besten Wünsche der Gewerkschaft der Polizei (GdP) begleiten Frank. „Seine Entscheidung verdient Respekt, die Gesundheit geht immer vor“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens. Die Gewerkschaft selbst, aber auch die Polizei in Nordrhein-Westfalen haben Frank Richter viel zu verdanken.

## Wende bei den Einstellungszahlen in NRW geschafft

Der heute 63-jährige Mülheimer führte den bundesweit stärksten GdP-Landesbezirk NRW von 2005 bis 2012. Richter setzte sich

vehement für bessere Arbeitsbedingungen sowie eine bessere Bezahlung bei der Polizei ein und hatte dabei stets auch die Sicherheit der Bürger im Blick. Mit ihm an der GdP-Spitze wurde die Wende bei den Einstellungszahlen der Polizei NRW geschafft.

## Damals jüngster Kreisgruppenvorsitzender überhaupt

Michael Mertens beschreibt Richter als ebenso leidenschaftlichen Gewerkschafter wie Polizisten. „Frank hat für die Polizei und ihre Beschäftigten gekämpft, mit Rückgrat und offenem Visier. Er ist ein beeindruckender Mensch“, sagt der GdP-Landesvorsitzende. Herausragend seien Richters Engagement für die sozial Schwächeren sowie sein Einsatz für Demokratie und ihre Werte.

Frank Richter trat im Oktober 1976 in den Polizeidienst ein. Er war zunächst Mitglied der ÖTV und dann seit 1978 der GdP. In Mülheim

war er 1985 der bis dahin jüngste Kreisgruppenvorsitzende überhaupt, leitete später auch den Bezirksverband Düsseldorf. 1999 wurde er Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand.

Gewerkschaftliche Bildung wie auch die Vertrauensleutearbeit waren Frank Richter bei der GdP besonders wichtig. Auf Bundesebene war er stellvertretender Vorsitzender. Auch nach seinem Wechsel 2012 zunächst in die Behördenleitung in Hagen und dann später nach Essen/Mülheim war er stets offen für die Belange der Beschäftigten und stand mit der GdP im engen Austausch. ■



## GdP regt Aktionstag gegen Rassismus an

Der 21. März ist der „Internationale Tag gegen Rassismus“, ausgerufen von den Vereinten Nationen. Institutionen, Verbände, auch Kommunen orientieren sich Jahr für Jahr daran. Die GdP ist der Meinung, dass die Polizei in dieser Reihe nicht fehlen sollte. In einem Brief an Innenminister Herbert Reul regt Landesvorsitzender Michael Mertens an, am 21. März in den Polizeibehörden einen Aktionstag gegen Rassismus zu etablieren.

Workshops, Schulungen und Veranstaltungen sollten an diesem Termin die Gesellschaft und die Polizeibeschäftigten im Hin-

blick auf Rassismus sensibilisieren. Zugleich geht es darum, eine klare Haltung zu zeigen und demokratische Resilienz zu steigern. Auf Antrag des Landesbezirkes NRW hatte der GdP-Bundeskongress im September beschlossen, dass sich die Gewerkschaft bundesweit für einen solchen Aktionstag einsetzt.

„Rassismus ist ein schleichendes Gift, das über den Alltag in die Gesellschaft sickert“, heißt es in dem Brief von Michael Mertens an Minister Reul. Bei den Ermittlungen zu rechten Chats habe man in Abgrün-

de geblickt und feststellen müssen, dass eben doch nicht jeder Einzelne der NRWweit knapp 60 000 Polizeibeschäftigten vor menschenfeindlichen Ansichten gefeit ist.

„Die ganz überwältigende Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen jedoch versieht ihren Dienst verfassungstreu und in Achtung der Menschenwürde“, betonte der GdP-Landesvorsitzende. Umso bitterer sei es, wenn sich diese Mehrheit mit pauschalen Rassismuskonflikten konfrontiert sehe: „Und umso wichtiger ist es, am 21. März Flagge zu zeigen.“ ■



# Behördenleitertagung: rechten Einflüsterungen offensiv entgegentreten

Das Entsetzen war groß, als am 19. September 2020 die ersten Bilder mit rechten, menschenfeindlichen Inhalten bekannt geworden sind, die Polizisten in einer internen Whatsapp-Gruppe verschickt hatten. Die GdP hatte damals sofort erklärt, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus zur DNA der Polizei gehört. Kritiker hatten der Polizei genau das Gegenteil vorgeworfen. Zwei Jahre später hat sich die Diskussion um die rechten Vorfälle bei der Polizei versachlicht: Auch wenn die Essener Chats nicht der einzige Vorfall mit rechten Tendenzen in der NRW-Polizei gewesen sind, behaupten selbst exponierte Kritiker inzwischen nicht mehr, dass die Polizei in NRW ein strukturelles Rechtsextremismus-Problem hat. Für die GdP bleibt die Stärkung der Polizistinnen und Polizisten gegen Einflüsterungen von rechts trotzdem eine Daueraufgabe. Auf der von ihr organisierten Behördenleitertagung am 28. September in Essen hat der Extremismusexperte Prof. Dr. Wolfgang Schroeder konkrete Handlungsempfehlungen dazu gemacht.

„Eine wehrhafte Demokratie braucht eine demokratische und vertrauenswürdige Polizei“, sagte Schroeder. „Rechtsextremes Gedankengut hat da nichts zu suchen.“ Deshalb sei es wichtig, dass die Polizei hochsensibel gegenüber rechten Sympathien in den eigenen Reihen ist. Das Bewusstsein dafür habe in der jüngsten Vergangenheit enorm zugenommen, hat der Wissenschaftler beobachtet. Zudem stellt Schröder fest: „Es gibt keinen strukturellen Rassismus bei der Polizei.“ Gleichwohl warnt Schroeder davor, die bekannt gewordenen Fälle als „Einzelfälle“ abzutun. Es gebe latente Gefahren bei der Polizei – etwa dann, wenn bestimmte Erfahrungen aus Kriminalitätsschwerpunkten beginnen, die Alltagswahrnehmung zu prägen.

Der Rat des Wissenschaftlers: Die Polizei solle sich sehr selbstbewusst mit den Gefahren von rechts auseinandersetzen. „Sie

kann dies sogar aus einer Position der Stärke heraus tun, denn kaum eine Institution genießt bei Bürgern so viel Vertrauen wie die Polizei“, betonte er.

## „Es gibt keinen strukturellen Rassismus bei der Polizei“

Schroeder rät zudem, Rekrutierungs- und Sozialisationsmuster bei der Polizei auf den Prüfstand zu stellen. Routineabfragen beim Verfassungsschutz, eine wiederholte Überprüfung, ein Routinecheck in sozialen Medien, verpflichtende Fortbildungen, Extremismusbeauftragte, eine unabhängige Beschwerdestelle, Rassismusstudien: Der Instrumentenkoffer im Kampf gegen rechte Tendenzen ist gefüllt, wird aber je nach Bundesland sehr unterschiedlich genutzt. Wolfgang Schroeder warb außerdem dafür, das Know-how der Wissenschaft stärker zu nut-

zen. Das schließt auch die Durchführung regelmäßiger Studien ein.

Auf der Behördenleitertagung, die nach drei Jahren Coronapause wieder als Präsenzveranstaltung durchgeführt wurde, fanden die Empfehlungen des Wissenschaftlers viel Unterstützung. Die Forderung nach weiteren Studien wurde allerdings kritisch diskutiert.

Die GdP hält weitere Studien grundsätzlich für sinnvoll. Wichtig ist aber, dass es dabei durch eine Fokussierung auf die Polizei nicht zu einer Stigmatisierung kommt. „Unsere Polizei kommt aus der Mitte der Gesellschaft“, betonten Landesvorsitzender Michael Mertens und der PPHR-Vorsitzende Markus Robert. Wenn solche Studien gemacht werden, sollten sie querschnittartig auch andere Behörden in den Blick nehmen, forderte Markus Robert. Schließlich seien auch diese nicht vor rechten Tendenzen gefeit. ■





## BAO Janus: Datenschutzbeauftragte bestätigt erneut Rechtsauffassung der GdP

Fast zwei Jahre sind seit der Einrichtung der BAO Janus zur Aufklärung der Vorkommnisse rund um die Chatgruppen mit verfassungsfeindlichem Inhalt vergangen. Die Geschehnisse beschäftigen aber weiter alle maßgeblich Betroffenen: die Politik, die Staatsanwaltschaften und nicht zuletzt die Kolleginnen und Kollegen, die völlig unverschuldet und ohne Kenntnis Teil der Ermittlungen geworden sind. Die GdP hatte die mutmaßlich betroffenen Kolleginnen und Kollegen seinerzeit mit Auskunftersuchen ausgestattet, um zu klären, ob und welche Daten über sie erhoben, verarbeitet und weitergeleitet wurden. Das Recht, hierüber eine Auskunft zu erlangen, ist u. a. im Datenschutzgesetz NRW festgeschrieben. Nach zwischenzeitlich einem guten Jahr liegen den Kolleginnen und Kollegen allerdings keine Rückmeldungen zu den Auskunftersuchen vor.

Grund genug für die GdP, die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI) als höchstes Kontrollorgan des Datenschutzes in NRW um eine Einschätzung hierzu zu bitten. Die Antwort ist laut

der LDI klar: Eine Bearbeitungszeit von über einem Jahr steht „diametral im Widerspruch zu den geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften“. Die LDI hat daher das PP Bochum aufgefordert, die Auskunftersuchen unverzüglich zu beantworten und hierüber Bericht zu erstatten.

Für die GdP bleibt klar: So weit demokratie- oder grundrechtsfeindliche Tendenzen in der Polizei NRW auftauchen, müssen diese mit aller Konsequenz verfolgt werden. Die Ermittlungen müssen dabei aber stets nach rechtsstaatlichen Grundsätzen verlaufen. ■



**DP – Deutsche Polizei**  
Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle**  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon (0211) 29101-0  
Telefax (0211) 29101-46  
www.gdp-nrw.de  
info@gdp-nrw.de

**Redaktion**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Holger Dumke  
Uschi Barrenberg  
Telefon (0211) 29101-32  
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:  
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 6. Oktober.**

# Einfach mal abtauchen!

Rufen Sie in Ihrem GdP-Reisebüro an,  
wir freuen uns auf Sie.



**GdP Reiseservice**  
**Telefon 0211 - 291 01 60**  
**[www.gdp.reisen](http://www.gdp.reisen)**



## Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im November erhalten einen Douglas-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 76480, Olpe  
45 43622, Bergisches Land  
45 24338, BZ Erich-Klausener

## Wer bei Wind und Wetter Dienst macht, muss sich drinnen aufwärmen können

Das Energie gespart werden muss, steht für die GdP außer Frage – erst recht in diesen Zeiten! Eine neue, seit dem 1. September geltende Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung wird aber den besonderen Belastungen der Polizei nicht gerecht. Für öffentliche Arbeitgeber, und damit auch für die Polizei, legt sie eine Raumtemperatur von maximal 19 Grad fest.

Für die GdP steht fest: Wer bei Wind und Wetter, also auch bei Regen oder Schnee, draußen Dienst macht, muss sich drinnen wieder aufwärmen können. Aber auch wer im Innendienst seinen Biorhythmus mit Schichtdienst belastet, soll nicht mit einem Kältegefühl kämpfen müssen. Die GdP drängt darauf, dass die laut Verordnung möglichen Ausnahmen genutzt werden. Mit den Personalräten vor Ort müssen passgenaue Lösungen gefunden werden.



Anzeige



**EXPORT-IMPORT-AGENTUR**

**JUTTA KNORZ EK**

**Export-, Import-, Zollabwicklung  
mit ATLAS-Anbindung  
kompl. Auftrags- und  
Projektbearbeitung  
Akkreditive • Logistik • Intrastat  
Compliance-/Exportkontrolle**

**Werner Straße 1  
44388 Dortmund  
Tel. 02 31 / 9 67 85 81  
Fax: 02 31 / 9 67 85 82  
Mobil: 0177 / 4198190  
jutta\_knorz@web.de  
www.export-knorz.de**



## GdP aktiv

**2.11., GdP-Spieleabend**, 18:00 Uhr, Road Stop, Marie-Curie-Str. 8, 40822 Mettmann. Infos und Anmeldungen: Abteilung Werbung, Tel. (0211) 29101-41 oder -13.

**09.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Aachen**, 14:00 Uhr, Saalbau Kommer, Forster Linde 55–57, 52078 Aachen.

**14.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund**, 15:30 Uhr, Signal-Iduna-Versicherung, Saal 152, Alter Mühlenweg 78, 44139 Dortmund.

**30.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke**, 17:00 Uhr, Landhaus Rohlfing, Bergkirchener Str. 100, 32429 Minden.



## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Köln

17. November 2022, Seniorentreffen um 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2–4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln (Referentin: Heidi Reutter zu den Themen: Versicherungen, Altersvorsorge, Hilfe bei Erkrankungen/Todesfällen etc.)